



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Bundesgeschäftsstelle • Ludolfusstraße 2-4 • 60487 Frankfurt

An die
Parteispitze der
CDU/CSU, SPD, Die Linke,
Bündnis 90/Die Grünen

Bundesgeschäftsstelle

Ludolfusstraße 2-4
60487 Frankfurt | Main

Fon +49 69 / 71 37 56-0

Fax +49 69 / 707 50 92

Info@verband-binationaler.de

www.verband-binationaler.de

Frankfurt/Main, 08. Oktober 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre zukünftige Arbeit in der neuen Legislaturperiode legen wir Ihnen unsere angehängten Kernforderungen zur Migrations- und Integrationspolitik ans Herz. Sie stellen einen für uns wichtigen Auszug aus unserem Spektrum dar.

Weitere Forderungen und Positionierungen finden Sie auf unserer Website.

Wir freuen uns auf einen Austausch mit Ihnen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Angela Rother-El-Lakkis
Bundesvorsitzende

Hiltrud Stöcker-Zafari
Bundesgeschäftsführerin



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

Kernforderungen an die Politik für die neue Legislaturperiode

Aufhebung des Sprachnachweises vor der Einreise beim Ehegattennachzug

Die aktuelle Regelung, den Nachweis über deutsche Sprachkenntnisse vor der Einreise nach Deutschland zu erbringen, führt in der Praxis oft zu einer langen Trennungszeit und damit zu psychischen Belastungen von Ehepaaren. Sie ist daher familien- und integrationsfeindlich, mit der europäischen Richtlinie zur Familienzusammenführung nicht vereinbar und ist aufzuheben.

Mehrstaatigkeit zulassen

Das aktuelle Staatsangehörigkeitsgesetz ist zu reformieren und der Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit aufzugeben. Schon jetzt ist dieser Grundsatz in der Praxis durch bestehende Ausnahmeregelungen durchbrochen. In mehr als die Hälfte der Einbürgerungen wird bereits Mehrstaatigkeit zugelassen. Die Aufgabe der jeweils anderen Staatsangehörigkeit sollte dem Einbürgerungswilligen obliegen. Die Studie des BAMF identifizierte in 2011 die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit als ein wichtiges Einbürgerungshemmnis. Deutschland darf nicht länger das Auseinanderfallen von Wohn- und Wahlbevölkerung hinnehmen.

Optionspflicht abschaffen

Besonders integrationspolitisch problematisch ist die Optionspflicht für Kinder ausländischer Eltern. Deren deutsche Staatsangehörigkeit mit Volljährigkeit in Frage zu stellen, ist lebensfremd angesichts einer globalisierten Welt und führt zudem zu einer Ungleichbehandlung gegenüber Kindern aus binationalen Partnerschaften. Neben einem erheblichen Verwaltungsaufwand werden von Sachverständigen verfassungs- und europarechtliche Zweifel geäußert.

Erleichterungen bei der Vergabe von Besuchervisa für Familienangehörige

Es gehört zu einem normalen Familienleben dazu, sich gegenseitig zu besuchen. Dieser Grundsatz muss auch für Familienangehörige aus Drittstaaten gelten. Restriktionen bei der Vergabe von Besuchervisa bezüglich der Vorsprachen, der finanziellen Nachweise oder bei der Prüfung der Rückkehrbereitschaft sind abzubauen.

In diesem Zusammenhang sind die Zugänge zu den deutschen Auslandsvertretungen zu überprüfen insbesondere die online gestützten Verfahren der Terminierung einer persönlichen Vorsprache.